

Kukacka: „MKV lehnt Gesamtschulforderung des Androsch-Bildungsvolksbegehrens ab“

Neue Mittelschule gewährleistet Durchlässigkeit des österreichischen Schulsystems.

„Die Einigung der Regierung auf die flächendeckende Aufwertung der Hauptschulen zu Neuen Mittelschule ist ein wichtiger bildungspolitischer Meilenstein in Richtung einer sachorientierten Reform der österreichischen Schulen“, begrüßte heute der Vorsitzende des Mittelschülerkartellverbandes die Beschlüsse zur Neuen Mittelschule.

Gleichzeitig wendet sich aber der MKV gegen die Unterstützung des Androsch-Bildungsvolksbegehrens, weil dieses die staatlich verordnete Gesamtschule bis 15 einführen möchte. Dies würde die Abschaffung der Langform des Gymnasiums bedeuten. Die Gesamtschule wäre auch das Ende der Entscheidungsfreiheit der Eltern über die Schulwahl ihrer Kinder. Nur mehr für Eltern, die sich teure Privatschulen leisten können, gibt es dann eine Alternative zur staatlichen Einheitsschule. „Dies würde tatsächlich eine umfassende soziale Selektion darstellen“, kritisierte Kukacka.

Im Übrigen zeigt der Vergleich der Schulsysteme insbesondere auch in der Bundesrepublik, dass die Gesamtschule keines ihrer Versprechen eingelöst hat. Weder hat sie für Chancengleichheit gesorgt noch das Leistungsniveau angehoben.

Vielmehr liegen die deutschen Bundesländer mit verpflichtender Gesamtschule in allen Leistungsvergleichen hinter den Bundesländern mit differenziertem Schulsystem (z.B. Bayern, Baden-Württemberg).

„Das Androsch-Bildungsvolksbegehren bekennt sich zwar auch zu einigen lobenswerten allgemeinen Formulierungen, ein klares Bekenntnis zur schulischen Leistung sucht man aber ebenso vergeblich, wie die Forderung nach einer speziellen Begabtenförderung. Ebenso bleibt die Frage offen, ob es Zugangstest für Hochschulen, Studiengebühren oder ähnliches geben soll.“, stellte Kukacka fest.

Mit der Neuen Mittelschule bleibt auch die Durchlässigkeit des österreichischen Schulsystems gewährleistet. Die bildungspolitische Entscheidung bleibt bis zum 14 Lebensjahr offen, und muss nicht - wie von den Gesamtschulbefürwortern behauptet- schon mit 10 Jahren getroffen werden.

„Jeder dafür geeignete Schüler kann auch nach der Neuen Mittelschule in eine der verschiedenen Oberstufenformen(Oberstufenrealgymnasium, HAK, HTL, Lehre mit Matura, etc.) übertreten und die Matura erreichen“, schloss Kukacka.

ANLAGE 2

MKV zur Gesamtschule: Ende der Entscheidungsfreiheit der Eltern

Negative Auswirkungen auf HAK und HTL

„Nicht alles was sich hinter manchen vordergründigen lobenswerten Formulierungen des Androsch-Bildungsvolksbegehrens verbirgt, ist tatsächlich bildungspolitisch wünschenswert“,

stellte der Vorsitzende des Mittelschülerkartellverbands, Staatssekretär a. D. Mag. Helmut Kukacka zum Beginn der Eintragungswoche fest. Denn was das Bildungsvolksbegehren wirklich will, lässt sich auf folgenden Nenner bringen:

- eine **staatlich verordnete Gesamtschule** bis zum Ende der Schulpflicht und damit die Abschaffung der Langform des Gymnasiums
- die **Abschaffung der Leistungsgruppen** zugunsten der illusorischen „individuellen Förderung“ von bis zu 25 Kindern und Jugendlichen durch meist eine Lehrkraft, manchmal auch zwei, in weitgehend inhomogenen Klassen
- das **Ende der Entscheidungsfreiheit** der Eltern bezüglich der Schulwahl ihrer Kinder: „Nur mehr für Eltern, die sich teure Privatschulen leisten können, gibt es überhaupt eine Alternative zur staatlichen Einheitsschule bis 15!“

Die Forderung „Gesamtschule bis zum Ende der Schulpflicht“- das heißt bis zum 15 Lebensjahr- hat auch für das berufsbildende mittlere und höhere Schulwesen (HTL, HAK, ...) enorme negative Auswirkungen. Damit enden diese Schulen ein Jahr später, was für Bund und Eltern enorme Mehrkosten bedeuten würde, da ein erheblicher Teil eines Jahrganges ein Jahr später ins Erwerbsleben eintritt. Verkürzt man aber das berufsbildende Schulwesen um ein Jahr, geht dies zu Lasten der Qualität dieser internationalen höchst anerkannten Schulen.

„Mit diesen Konsequenzen der Gesamtschule hat man hinter den Berg gehalten.“, kritisiert MKV Vorsitzender Kukacka das Bildungsvolksbegehren.